

Neue soziale Frage und soziale Verantwortung

Ansätze im Saarland für mehr gesellschaftliche Integration

von Stephan Toscani MdL, Generalsekretär CDU Saar

Die Ereignisse an der Berliner Rütli-Schule haben in den vergangenen Monaten Deutschland aufgeschreckt. Integrationspolitik, so das vielfache und ernüchternde Fazit, sei in Deutschland gescheitert. Die Ursachen - so sehen es die einen - lägen dabei in der mangelnden Integrationsbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund. Andere wiederum machen die Schulform „Hauptschule“ verantwortlich und verweisen auf die jahrelange Forderung nach Abschaffung dieser Schulform. Schaut man sich alle Verlautbarungen zu diesem Thema an, so stößt man in einem Punkte sicher auf Einigkeit: Wir brauchen eine aktive Integrationspolitik.

Hinzu kommt aber etwas ganz anderes: Die Reduktion des Phänomens „Rütli-Schule“ allein auf das Problem der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund führt in die Irre. Grundlegend ist vielmehr ein gesamtgesellschaftliches Integrationsproblem, das sich in den letzten beiden Jahrzehnten verschärft hat. Bereits Anfang der neunziger Jahre – damals im Zusammenhang mit einer ersten ausländerfeindlichen Pogromwelle – wies der Bielefelder Pädagoge Wilhelm Heitmeyer auf vielfältige Desintegrationsphänomene in unserer Gesellschaft hin. Diese reichten, von der Erosion der klassischen Familie über die nachlassende Bindekraft ehemals wertvermittelnder Instanzen (hier vor allem die Kirchen) bis hin zur wachsenden Anonymisierung und Verstädterung. Individualisierung, Enthierarchisierung, Autoritätsabbau etc. lauteten die Ingredienzien, die allesamt in jene breit wirkende Desintegration münden, deren eine Folge die steigende Gewaltbereitschaft von Jugendlichen sei.

Wann diese Prozesse genau einsetzen, darüber kann trefflich gestritten werden. Sicher ist aber, dass die ideologische Infragestellung bis hin zur radikalen Ablehnung aller bürgerlicher Werte und so genannten bürgerlichen Gemeinschaftsformen (Familie, Kirche, Verein) in der 68er-Bewegung erstmals gesellschaftliche Breitenwirkung erreichte und die oben beschriebenen Phänomene in dieser Zeit

zumindest einen kräftigen Schub erfahren. Mithin setzte die beschleunigte Desintegration just zu dem Zeitpunkt ein, ab dem unsere Gesellschaft mit einer verstärkten Einwanderung aus anderen Kulturkreisen konfrontiert wurde. Wachsende Migration traf also auf eine Gesellschaft, deren traditionelle Gemeinschaftsformen gerade in Auflösung begriffen waren, so dass im Nachhinein das Vertrauen auf einen Integrationsprozess sui generis als geradezu blauäugig und naiv anmutet. **Wie – um alles in der Welt – soll sich Integration automatisch vollziehen in einer Gesellschaft, die selbst in einem sie in mehrfacher Weise überfordernden Desintegrationsprozess begriffen ist?**

Eine Folge dieses Desintegrationsprozesses ist die **Entstehung einer neuen sozialen Frage**. Die hier diagnostizierte neue soziale Frage greift erheblich weiter, als die von Heiner Geißler Ende der siebziger Jahre festgestellte „Neue Armut“. Mittlerweile hat sich nämlich eine **breite Schicht von strukturell Unterprivilegierten** in unserer Gesellschaft etabliert, die kaum noch eine Chance haben auf einen auch nur halbwegs bürgerlichen Lebensstil. Diese Schicht ist gekennzeichnet von Dauerarbeitslosigkeit und Dauerbezug von Transferleistungen, von niedrigen oder fehlenden Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen, von einem hohen sog. funktionalen Analphabetismus, von exorbitantem Medienkonsum, überdurchschnittlicher Kriminalitätsneigung, hoher Alkoholismusrate, hoher Gewaltbereitschaft etc. In den ersten Arbeitsmarkt sind diese Menschen nicht mehr integrierbar, sie gelten sogar meist als unfähig, auch niedrigschwellige Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote über eine längere Dauer wahrzunehmen. Geographisch konzentriert sich diese Schicht meist in vernachlässigten Innenstadtbezirken. Einen Anhaltspunkt für den quantitativen Umfang dieser Schicht erhalten wir, wenn wir die geschätzte Zahl von vier bis sieben Millionen funktionaler Analphabeten¹ in Deutschland heranziehen. Das entspricht in etwa der durchschnittlichen Größe eines deutschen Bundeslandes.

Für unseren Zusammenhang heißt dies: Probleme, die wir häufig isoliert bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund wahrnehmen, als da wären: schlechte Deutschkenntnisse, Gewaltbereitschaft, Arbeits- und Ausbildungsunfähigkeit etc.

¹ Als „funktionale Analphabeten“ werden diejenigen bezeichnet, die die schulisch angelernten Lese- und Schreibfähigkeiten aufgrund ausbleibenden Gebrauchs wieder verlernt haben.

existieren auch in einer breiten Schicht der angestammten deutschen Bevölkerung, bei den Migranten mögen sie sich lediglich wie in einem Brennglas verschärfen.

Das heißt also: Wollen wir die typischen Folgen von Desintegration bei Jugendlichen wie Jugendkriminalität und Jugendgewalt oder Drogenkonsum und Alkoholismus bekämpfen, brauchen wir einen breiten multidimensionalen Ansatz, der nicht nur eine bestimmte Gruppe isoliert betrachtet und behandelt. Oder anders gesagt: **Wir müssen die Desintegration selbst bekämpfen, um der Symptome Herr zu werden. Dies ist die entscheidende Zukunftsaufgabe staatlicher Bildungs-, Jugend- und Gesellschaftspolitik. Sie bildet damit selbstverständlich eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung für die CDU Deutschlands. Die CDU muss sowohl im Rahmen ihrer laufenden Grundsatzprogrammdebatte als auch im Regierungsalltag darauf Antworten finden. Wir dürfen uns nicht länger nur auf die Instrumente des klassischen Sozialstaates und der Transferpolitik verlassen, sondern wir brauchen eine breite Debatte über die neue soziale Frage und über soziale Verantwortung.**

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es zweierlei: Zum einen bedarf es der Perspektive, die dem Jugendlichen die Aussicht und die Hoffnung auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben gewährt. Es geht dabei gerade nicht um die Utopie materieller Gleichheit, sondern um Chancengerechtigkeit und Teilhabegerechtigkeit, um die Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe. Denn nur wer eine solche Perspektive hat, wird sich auf das einlassen, was notwendig ist, um die Perspektive zur Wirklichkeit werden zu lassen, nämlich auf den vermeintlich altmodisch klingenden bürgerlichen Tugendkatalog. Zu diesem Katalog gehören Tugenden wie Ordnung, Fleiß, Disziplin, deren Fehlen heute landauf landab beklagt wird. Dazu gehören aber auch Rücksichtnahme, Friedfertigkeit, Hilfsbereitschaft etc., also soziale Tugenden, ohne die das menschliche Zusammenleben ein kaum erträgliches „Gegeneinander“ wäre. Und die Einübung und Einhaltung dieser Tugenden ist es, wessen es zum zweiten bedarf. Denn diese Tugenden sind letztlich nichts anderes als Fertigkeiten, die später im beruflichen und gesellschaftlichen Leben gebraucht werden. Wer sie aus welchen Gründen auch immer nicht beherrscht, dem versperrt sich in aller Regel jede Perspektive, der gerät ins gesellschaftliche Abseits. Allerdings müssen diese Tugenden auch tatsächlich eingefordert werden. Diese Aufgabe

werden künftig verstärkt staatliche Institutionen dort übernehmen müssen, wo Familie, Wohnumgebung, Freundeskreis etc. hierzu nicht willens oder nicht fähig sind.

Letztlich geht es um nichts anderes als um die Erneuerung jenes Gesellschaftsvertrages, der im 19. und im 20. Jahrhundert den sozialen Aufstieg der breiten Schicht der Unterprivilegierten zur bürgerlichen Mittelschicht bewirkte. Kern dieses Vertrages war das Versprechen, dass die Aneignung von Bildung und die Einübung der oben genannten sozialen Tugenden materiellen Wohlstand und gesellschaftliche Anerkennung zur Folge hat. Nur durch die Einlösung dieses Versprechens war es möglich, dass sich die bürgerliche Kultur – zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch einer dünnen Oberschicht vorbehalten – popularisierte und so zur gesellschaftlichen „Leitkultur“ auch des so genannten Proletariats wurde. Und – im Gegenzug – diese Verbürgerlichung war eine notwendige Bedingung für die Entstehung unserer Wohlstandsgesellschaft und des Sozialstaates.

Die Bildungs-, Jugend- und Gesellschaftspolitik von Ministerpräsident Peter Müller und der CDU Saar als alleiniger Regierungspartei im Saarland verfolgt seit einigen Jahren diesen Ansatz.

Die saarländische CDU trägt damit ihrer besonderen christlich-sozialen Wurzel Rechnung.

Das Land unternimmt alle Anstrengungen, um auch den Schwächsten die Perspektive auf ein erfülltes Leben aus eigener Kraft zu geben. Bis heute steigt bundesweit der Anteil derer, die ohne einen Abschluss aus unserem Schulsystem herausfallen und so keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz geschweige denn auf einen Arbeitsplatz haben. Um dies zu verhindern, setzt das Saarland auf begabungsorientierte Qualifikation, die schon während der Schulzeit beginnt. Für die Schüler, bei denen es absehbar ist, dass sie aufgrund individueller Lernschwächen den Hauptschulabschluss nicht schaffen, wurden spezielle **Praxisklassen** geschaffen. Hier werden zum einen anhand einer stärkeren Praxisorientierung und spezieller berufsbezogener Kurrikula den Schülerinnen und Schülern Erfolgserlebnisse beschieden, die im herkömmlichen Schulunterricht ausbleiben. Dies stärkt das Selbstwertgefühl, damit die Motivation zur Leistungsbereitschaft und

so letztlich auch die Leistungsfähigkeit der Betroffenen. Zudem hat die Landesregierung spezielle Förderkurse, sogenannte Hauptschulabschlusskurse, für diejenigen Schülerinnen und Schüler eingerichtet, die trotz aller sonstigen Anstrengungen den Hauptschulabschluss nicht schaffen. Beide Angebote, Förderklassen wie auch Förderkurse, sind freiwillig und stoßen auf rege Nachfrage. Das Ergebnis: Betrug im Jahr 1999 der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss noch über 11 Prozent, so konnte dieser Anteil bis heute auf 7,9 Prozent reduziert werden.

Zu diesem Erfolg hat nicht zuletzt das 2001 eingerichtete **freiwillige 10. Schuljahr an Schulen für Lernbehinderte** beigetragen.

Auf den Hauptschulabschluss folgt als nächste Etappe die Lehrstelle. Hier geht es einerseits darum, die Fähigkeiten der Ausbildungsplatzbewerber so zu steigern, dass der Ausbildungsbetrieb in der Aufnahme des Bewerbers auch tatsächlich eine lohnende Maßnahme sieht. Hierzu dient nicht nur die Praxisausrichtung des Hauptschulganges, hierzu dient auch die Einführung des sogenannten **Dualisierten Berufsgrundbildungsjahres**, das den abgelehnten Ausbildungsplatzbewerbern sowohl berufsvorbereitenden Unterricht erteilt als auch zwei bis drei Tage pro Woche die Absolvierung von Praktika in Betrieben ermöglicht. Die auf diese Art gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten erhöhen tatsächlich, wie nach wenigen Jahren schon erwiesen ist, die Erfolgchancen beim zweiten Anlauf.

Besonders erfolgreich läuft der im Jahr 2002 gestartete Schulversuch „**Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) als Produktionsschule**“. Er hat zum Ziel berufsschulpflichtige Jugendliche, denen aufgrund von geistigen und/oder sozialen Defiziten die Ausbildungsreife fehlt, bis zum Hauptschulabschluss zu führen.

Im Vergleich zum herkömmlichen BVJ zeichnet sich eine Produktionsschule durch besondere Praxisorientierung aus.

Außerdem werden die Jugendlichen auch in externen Prüfungen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses mit erhöhter Stundenzahl in Deutsch und Mathematik vorbereitet.

Zentraler Bestandteil ist die ergänzende sozialpädagogische Betreuung, die durch den Schulträger organisiert wird.

Der Erfolg ist durchschlagend:

- die schulische Anwesenheit hat sich merklich verbessert
- mehr als 80 % der Prüfungsteilnehmer bestehen die Hauptschulabschlussprüfung
- die Vermittlungsrate in Ausbildung oder Beschäftigung liegt rund 2-fach über der des normalen BVJ.

Andererseits müssen aber auch Betriebe und Unternehmen in die gesellschaftliche Pflicht genommen werden, jungen Menschen hinreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Dies leistet im Saarland ein von der Landesregierung initiiertes **Ausbildungspakt** mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Bundesagentur für Arbeit und der Vereinigung Saarländischer Unternehmerverbände. In diesem Pakt haben sich alle Beteiligten verpflichtet, in ihrem Bereich nach Kräften die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu fördern. Das Ergebnis all dieser Maßnahmen ist ein Lehrstellenangebot, das in den letzten Jahren fast gänzlich die Nachfrage decken konnte. Wer im Saarland einen Ausbildungsplatz sucht, findet eher als in anderen Regionen Deutschlands einen solchen. Dies ist im Vergleich zu den allermeisten anderen Bundesländern eine einzigartige Situation. Sehr bedauerlich ist, dass DGB und Arbeitskammer noch immer diesen Ausbildungspakt boykottieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Förderung von Behinderten und ihre Integration in die Erwerbsarbeit. Dies ist nicht nur eine Frage politischer und gesellschaftlicher Ethik, dies ist vielmehr eine Frage, die weit über den Kreis der direkt Betroffenen hinausreicht. Denn für jenen einzelnen ist es wichtig zu wissen, dass man sich auch im schlimmsten Falle auf gesellschaftliche Förderung und Integration verlassen kann; dies insbesondere in der Hinsicht, dass man nicht zum bloßen Transferempfänger degradiert wird, sondern vielmehr aus eigener Kraft sein Leben sichern und auch gestalten kann. Seit Mitte der neunziger Jahre bemüht sich das Saarland in besonderer Weise um die **Eingliederung Behinderter in den Arbeitsmarkt**. Spezielle Eingliederungsprogramme, die intensive Zusammenarbeit mit Institutionen wie den Behindertenbeiräten, der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für behinderte Menschen im Saarland, der Beauftragten für Behindertenfragen und auch der Arbeitsagentur, und schließlich auch die Verleihung eines Preises für besonders gelungene Integrationsprojekte haben dazu geführt,

dass die Arbeitslosigkeit von Behinderten seit dieser Zeit enorm reduziert werden konnte. Allein von 1999 bis 2004 wurde sie um 34 Prozent zurückgefahren - bundesweit waren es lediglich 8 Prozent im gleichen Zeitraum. Dabei ist der Anteil Behinderter an der Gesamtheit der Arbeitslosen mit 5,3 Prozent so niedrig wie in keinem anderen Bundesland.

All die geschilderten Maßnahmen haben dazu geführt, dass die **Arbeitslosigkeit von Jugendlichen** allein im abgelaufenen Jahr um 25 Prozent gesenkt werden konnte. Das Saarland – in den neunziger Jahren noch hoffnungsloser Letzter unter den westdeutschen Flächenländern - rangiert heute im Ländervergleich mit einer Jugendarbeitslosenquote von 10 Prozent auf dem vierten Platz. Die Integration junger Menschen anhand von Perspektiven und Chancen scheint zu funktionieren. Allerdings bedarf sie jenseits von Bildung, Ausbildung und Arbeit zusätzlicher Anstrengungen. Es bedarf der Vermittlung von Werten und Tugenden.

Das bundesweite Echo war groß, als im Jahre 2003 der saarländische Kultusminister Jürgen Schreier die Einführung von „**Benimm-Unterricht**“ ankündigte. Von Hohn und Spott bis hin zum Vorwurf des Reaktionären reichten die Kommentaren. Heute ist dieser Unterricht selbstverständlicher Teil des saarländischen Schulalltags. Die Menschen – insbesondere die Eltern und Lehrer – haben eingesehen, dass es nicht falsch sein kann, jungen Menschen die Grundregeln des gedeihlichen Miteinanders beizubringen. Tugenden wie Toleranz, Respekt, gegenseitige Rücksichtnahme, Verständnis für den Standpunkt, die Sichtweise, die Gefühle, die Bedürfnisse, die Interessen und die Rechte anderer, Respekt vor religiösem, ethnischen und kulturellem Anderssein, die Achtung der Würde und Freiheit anderer, die Austragung von Konflikten nach den Spielregeln der Fairness und des Anstands: All das **müssen** junge Menschen zu ihrem eigenen Interesse und zum Interesse der Gesellschaft als Selbstverständlichkeiten internalisieren. Und wenn schon Familien, Freunde und Medien all das nicht mehr vermitteln, dann ist es nicht nur gut, sondern dringend geboten, dass dies wenigstens die Schule tut.

Die Integration von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft unterstützt eine weitere bundesweit einmalige Institution: der im Jahre 2001 gegründete Verein „**Wir im Verein mit dir**“ fördert den Kontakt zwischen den Grundschulen und den

örtlichen Vereinen, betreibt die Errichtung von Multifunktions-Sport- und Spielplätzen vor allem in Brennpunktmilieus, führt Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Jugendtrainer und- betreuer durch, wobei hier der Schwerpunkt auf Anti-Gewalt- und Anti-Aggressionstraining wie auch auf der Vermittlung von Meditationstechniken liegt. Andere von der Landesregierung geförderte Mitmach-Projekte wie „Balance“, „Faustlos“ oder „Halt – Warum Gewalt“ wenden sich direkt an die Kinder und Jugendlichen in allen Schulformen. Das Projekt „mus-e“ (multikulturelles soziales Schulprojekt für Europa) fördert in Kooperation mit der Yehudi-Menhuin-Stiftung die Sozialkompetenz über den Weg der musischen Betätigung. Ein Landesbeauftragter für pädagogische Prävention koordiniert all diese Maßnahmen und arbeitet eng zusammen mit den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen im Saarland.

Die Aneignung von Bildung wie auch von sozialen Tugenden wird den Jugendlichen als die Bürgerpflicht des jungen Menschen par excellence nahegebracht. Für die Jugendlichen bedeutet dies nicht nur Anstrengung, es bedeutet auch in einem gewissen Maße persönliche Erfüllung als Alternative zum oberflächlichen Spaß- und Fun-Zeitgeist.

In all diese Maßnahmen sind selbstverständlich auch Jugendliche mit Migrationshintergrund eingebunden. Da, wo überdies die differenzierte Förderung dieses Personenkreises notwendig ist, wie etwa im Beherrschen der deutschen Sprache, dienen spezielle Programme wie **„Früh Deutsch lernen“** als intensives Sprachtraining ein halbes Jahr vor der Einschulung. Ein allgemeinverbindlicher Sprachtest stellt vorher den Förderbedarf fest. Dies in Verbindung mit der Förderung des frühen Lernens bereits im dritten Kindergartenjahr kommt nicht nur – aber doch in besonderem Maße – den Migrantenkindern zu gute, die die ersten Lebensjahre ausschließlich in ihrem eigenen Milieu verbracht haben. Dass das Saarland als erstes Bundesland hierzu das dritte Kindergartenjahr von Gebühren freigestellt hat, muss in diesem Zusammenhang nur als folgerichtig angesehen werden. Die bundesweit lauter werdenden Forderungen in diese Richtung belegen, dass ein kleines Bundesland mit Mut und der Bereitschaft zur Innovation Vorreiter sein kann.

Natürlich: Trotz all dieser Maßnahmen ist das Saarland keine Insel der Seligen. Die eingangs festgestellte „Neue Soziale Frage“ stellt sich auch bei uns mit

unverminderter Dringlichkeit. Problematische Jugendliche aller Art gibt es nach wie vor auch hier im äußersten Südwesten der Republik. Und dass es auch hier zu Exzessen der Jugendgewalt kommen kann wie etwa in Erfurt oder andernorts, kann niemand ausschließen. Dennoch ist das Land auf einem guten Weg: Hinsichtlich der Häufigkeit rechtsextremer Straftaten lag das Saarland im vergangenen Jahr mit 0,6 Fällen auf 10.000 Einwohner auf dem drittletzten Platz. Im gleichen Jahr ist die Jugendkriminalität im Saarland gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen, nachdem schon im Jahre 2004 der Anteil von Jugendlichen, Heranwachsenden und jungen Erwachsenen an der Gesamtheit aller Tatverdächtigen im Ländervergleich außerordentlich gering war. Dies galt im Übrigen für deutsche Jugendliche ebenso wie für ausländische. Dies in Verbindung mit den anderen bereits genannten Indikatoren der Jugendarbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatzquote lässt einen doch noch ein Stück weit zuversichtlich werden: Vielleicht kann Politik auch im Zeitalter der Globalisierung, im Zeitalter des unbegrenzten Medienkonsums, im Zeitalter der chronischen öffentlichen Finanzschwäche und des demographischen Wandels Positives bewirken und die Weichen in die richtige Richtung stellen. Wollen wir daran weiterarbeiten!